

¹⁴ Vgl. Günther Linnenbrink, Solidarisch sein mit den Armen, in: Lutherische Monatshefte, Heft 4/75, S. 188 ff.

¹⁵ epd-Dokumentation Nr. 3/75: Weltbevölkerungskonferenz: Neue Wirtschaftsordnung konzipieren!

¹⁶ André van Dam, Bevölkerung versus Wohlstand?, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 3/75, S. 11 ff.; vgl. aber die Kritik von Otto Matzke in: Entwicklung und Zusammenarbeit 5/75, S. 34, und den Aufsatz von Mogens Boserup in: UN-FORUM 2/75.

¹⁷ Vgl. Muhammad S. Abdullah, Aladins Wunderlampe, in: Der Überblick 1/75, S. 41 ff.; Gerhard Bischoff, Die Erdölpolitik verändert die Welt, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 5/75, S. 6 ff.

Umorientierung der westlichen Christenheit

Entwicklungspolitik im Horizont von Nairobi

VON KARL-HEINZ SOHN

1. Die Ende 1975 in Nairobi stattfindende Vollversammlung des Ökumenischen Rates mit ihrer Beteiligung von 270 Mitgliedskirchen, darunter auch die Evangelische Kirche in Deutschland, steht vor ausgesprochen schwierigen Aufgaben. Wenn diese Konferenz nicht zu einer Mammutveranstaltung gutwilliger, mit den tatsächlichen Problemen der Ökumene wenig vertrauter, meist theologischer Teilnehmer werden und schon deshalb ohne Einfluß auf die Lösung praktischer Fragen bleiben soll, müssen zuvor noch zahlreiche Bedingungen erfüllt werden.

Der Forderung des württembergischen Theologen Konrad Raiser (Genf) — einer der stellvertretenden Generalsekretäre des ÖRK —, die Ökumene müsse einen „entscheidenden Beitrag zur ökumenischen Bewußtseinsbildung in ihren Mitgliedskirchen leisten und deutlich machen, daß provinzielle, nationalistische und konfessionelle Loyalitäten hinter der Loyalität aller Christen zurückzutreten hätten“, ist wenig hinzuzufügen. Liegt dieser These die Vorstellung zugrunde, die in Nairobi anwesenden Delegierten sollten sich konsequent und mit allen Mitteln, die sie selbst oder ihre Kirchen zur Verfügung haben, gegen Diskriminierung wenden, so wäre dies in der Tat eine christliche und damit wichtige Position. Schließlich wird unter dem Dach der Ökumene bis heute die Fortsetzung vielfältigster Formen der Diskriminierung betrieben, ohne daß die von ihr Begünstigten dagegen vorgingen oder die Benachteiligten die Chance hätten, diesen Zustand zu beenden.

Schließlich ist es nicht zu bestreiten, daß bis heute christliche Missionspolitik zur Folge hat, daß farbige Christen unter den spezifisch rassistischen Aspekten dieser Missionierung zu leiden haben. Insofern ist den Ausführungen Gerd von Wahlerts¹ zuzustimmen, der auf die Unterdrückungs- und Vergewaltigungstendenzen hinweist, die von christlichen Missionen im Sinne der Europäisierung afrikanischer Volksgruppen betrieben wurden.

Gewiß hat sich am Selbstverständnis und an der konkreten Arbeit christlicher Missionen seit der Jahrhundertwende Entscheidendes geändert. Kirchliche Entwicklungsdienste helfen heute beim Aufbau afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Volkswirtschaften, stellen sich entschieden auf die Seite der Unterprivilegierten und leisten praktische Hilfe zur Selbsthilfe. Auch treten in den kirchlichen Entwicklungsprojekten die Vertreter der Industriestaaten immer stärker zurück und übergeben die Verantwortung in die Hände ihrer einheimischen Partner. Dennoch blieb — nolens volens — vieles beim alten: Die Maßstäbe für kirchlich geförderte Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren, Sozialeinrichtungen und andere Projekte wurden und werden aus industriellen Volkswirtschaften entnommen; die Umgangssprache in den Projekten ist Englisch, Spanisch oder Französisch, und die Abhängigkeit der Empfänger von den finanziellen und personellen Leistungen der kirchlichen Dienste bleibt selbst auf längere Sicht total. Hier findet permanente Diskriminierung aufgrund objektiver Gegebenheiten statt. Der Unterschied im wirtschaftlichen und sozialen Standard, aber auch im Bildungsniveau von Empfängern und Gebern dieser Hilfen ist so ausgeprägt, daß schon dadurch das Wort Partnerschaft zu einer Leerformel wird.

Die Diskriminierung der farbigen Kirchen und ihrer Angehörigen erfolgt aber auch dadurch, daß die reichen Kirchen von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in ihren eigenen Ländern abhängig sind und diese — und sei es unbewußt — stützen. Die Kirchen in Industrieländern haben seit ihrer Entstehung in ihrer praktisch-theologischen Arbeit die jeweils bestehende Ordnung gestützt und unterstützt. Nur selten gab es Kirchen im Widerstand, schon gar nicht gegenüber wirtschaftlichen Vormachtstellungen. Die Geschichte insbesondere der protestantischen Kirchen macht deutlich, daß sie in ihrem Selbstverständnis lange Zeit von Prädestinationsgedanken geprägt wurden. Ihre führenden Mitglieder kamen in aller Regel aus Kreisen des wohlhabenden Bürgertums und übernahmen dessen Wertvorstellungen. Auch wenn dies in aller Regel unbewußt geschah, wurden sie und ihre Repräsentanten damit über Jahrhunderte hinweg Vertreter von Interessen, die nicht identisch waren mit denen der Masse

¹ Lutherische Monatshefte, Heft 8, August 1974, S. 402 ff.

ihrer Gläubigen. Daß die Kirchen als Verwalter eigener Vermögen ebenfalls mit den Vorstellungen und Spielregeln des Kapitalismus vertraut sein mußten und mit ihnen lebten, war nur die Konsequenz ihrer Integration in diese Ordnung.

Die farbigen Mitgliedskirchen der heutigen Ökumene sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in ihrer Struktur geprägt von den seinerzeitigen Zielen der Missionsbewegung und der sie tragenden Kräfte. Es ist deshalb verständlich, daß diese Kirchen in ihren Ländern oft in eine isolierte Rolle geraten und sich nicht repräsentativ fühlen für die politischen und sozialen Anliegen ihrer Völker. Wo dies inzwischen geschehen ist, führte es meist zu einer Radikalisierung dieser Kirchen und damit zu einer Konfrontation im Theologischen wie in der praktischen Arbeit.

2. Wenn das Leitmotiv der Vollversammlung von Nairobi — „Jesus Christus befreit und ein“ — nicht zur Farce und einer theologischen Leerformel ausarten soll, müssen sich deshalb die Delegierten der westlichen Gliedkirchen darüber klar werden, daß sie sich der Kritik der Entwicklungsländer an ihrem „kleinbürgerlichen Nationalismus“ zu stellen und die Konsequenzen daraus zu ziehen haben.

Dies bedeutet für mich als einen der wenigen Nichttheologen unter den Delegierten, daß — bei aller Bedeutung theologischer Grundsatzfragen — diese zugunsten praktischer, die Wirklichkeit in den Entwicklungsländern widerspiegelnden Fragen zurückgestellt werden sollte.

Was ist damit gemeint?

Seit dem Oktober 1973 hat sich für die rohstoffarmen Entwicklungsländer der Himmel weiter verdunkelt. Konnte man noch zum Zeitpunkt des Erscheinens des Pearson-Berichts im Januar 1969 davon ausgehen, daß die gegenläufige Entwicklung von Industrie- und Entwicklungsländern gestoppt und allmählich umgekehrt werden könnte, so zeigt sich inzwischen, daß dies ein Irrtum war. Die Industrieländer haben weder ihre Zusagen gehalten, 0,7% ihres Bruttosozialprodukts an öffentlicher Entwicklungshilfe zu leisten, noch waren sie bisher bereit, den Entwicklungsländern einen nennenswerten Ausgleich für die gestiegenen Energie- und Rohstoffimporte zu zahlen. Immerhin mußten die Entwicklungsländer allein im Jahr 1974 aufgrund gestiegener Preise nicht weniger als 23,4 Mrd DM zusätzlich für den Import von Energie aufbringen. Im Grunde gibt es nur *einen* wirklichen Verlierer der Kartellpolitik der OPEC-Länder, nämlich die ärmsten unter den Ländern der Dritten Welt. Die Industrieländer jedenfalls, an der Spitze die Bundesrepublik, konnten die Mehraufwendungen für Energieimporte entweder durch die Entwicklung eigener Energien oder durch

Verteuerung ihrer Industrieexporte kompensieren. Die ärmsten, meist afrikanischen Entwicklungsländer hingegen hatten diese Alternative nicht.

Bis heute konnten sich die Kirchen nicht dazu aufraffen, diese Entwicklung mit dem Einsatz ihrer gesamten politischen Macht zu bekämpfen und ihre Lobby für die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer einzusetzen.

Gerade der Kampf für die unterprivilegierten Völker aber macht wirkliches Christentum und Partnerschaft in der Ökumene aus. Man hat nur allzu häufig bei theologisch bestimmten Diskussionen um Fragen der Ökumene den Eindruck, daß sie über der materiellen Not der Betroffenen zu schweben scheinen und deshalb auch keine Verbindung zwischen christlichem Oberbau und materiellem Unterbau herzustellen vermögen. Theologie in der Ökumene sollte sich als eine Theologie der Revolution im Sinne eines permanenten Kampfes gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Rassismus verstehen. Dabei ist es unwesentlich, ob eine solche Theologie bei konservativen Professoren und Pfarrern auf Skepsis stößt, weil die bekennnismäßigen und wissenschaftlichen Grundlagen nicht ausreichend klar zu sein scheinen. Bedenkt man, daß die Kirchen — entgegen ihrer tatsächlichen Entwicklung — von ihrer Botschaft aufgerufen sind, sich zu jeder Zeit und an jedem Ort gegen Unrecht zu wehren, wird man über die zurückhaltende Beurteilung des „revolutionären Auftrags“ der Theologie und der Kirchen nur überrascht sein können.

3. Dieser Auftrag gilt in stärkerem Maße als im Innenverhältnis für die Beziehungen der westlichen Kirchen zu den Entwicklungsländern. Obgleich sich einige „Industriekirchen“ verpflichtet haben, erhebliche Prozentsätze ihrer Einnahmen für Leistungen an Entwicklungsländer aufzubringen, steht dieses Volumen in keinem Verhältnis zu den klassischen Ausgaben der Kirchen. Man wird sich fragen müssen, ob nicht der hohe Personalkostenanteil und die Investitionsausgaben der westlichen Kirchen reduziert und freiwerdende Mittel für Zwecke der Entwicklungshilfe vergeben werden sollten. Angesichts des Gefälles in der Wirtschafts- und Sozialstruktur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern liegt die Frage nahe, ob die bisherigen Aufwendungen der Kirchen unter theologisch-christlichen Gesichtspunkten wirklich jene Priorität haben, welche die Linderung physischer Not in zahlreichen Entwicklungsländern besitzt. Dabei geht es letztlich um die Frage, ob nicht die Kirchen auf einen Teil ihres Personalaufwands verzichten, ihre Gemeinden extensiver betreuen und statt dessen freiwerdende Mittel für die Entwicklungshilfe einsetzen sollten.

Gewiß wird es in Nairobi darauf ankommen, daß die Vertreter der „Industriekirchen“ die Sprache der Entwicklungsländer verstehen, deren Problematik

aufnehmen und kritisch reflektieren. Dies fängt bei solch einfachen Voraussetzungen wie denen der sprachlichen Verständigung an und leitet über zu der Frage, wieviel von den wirklichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer den Delegierten vor ihrer Ankunft bereits bekannt ist. Man wird insofern der im Oktober 1974 in Arnoldshain aufgeworfenen Frage Aufmerksamkeit schenken müssen, ob die Delegierten der Vollversammlung wirklich auf ihre Aufgaben vorbereitet und richtig ausgesucht worden sind.

Kenia gehört nicht zu den ärmsten afrikanischen Ländern. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 550,— DM pro Jahr liegt es deutlich über dem Durchschnittseinkommen der least developed countries (350,— DM pro Jahr). Es ist auf dem besten Wege, an die Spitze der afrikanischen Entwicklungsländer zu rücken. Zugleich macht die Entwicklung in diesem Lande die Unausgewogenheit eines Prozesses deutlich, der auch in anderen Ländern nicht unbekannt ist. Kenia kennt erhebliche soziale sowie Unterschiede in den Einkommen seiner Bevölkerung. Ein teilweise reiches Establishment arbeitet nicht zuletzt in die eigene Tasche, während die Masse der Bevölkerung eine nur bescheidene Steigerung ihres Lebensstandards erfährt. Sollten kenianische Christen diesen Zustand ändern wollen, dürften auch sie bald auf der Liste verbotener, unterdrückter und nicht mehr existenter Organisationen stehen. Es ist deshalb zu fragen, ob der Wechsel von Jakarta nach Nairobi der Ökumene mehr gebracht hat als die Änderung von einem dezentralen zu einem zentraler liegenden Ort. Daß der Präsident von Kenia jüngst 50 Studenten aus der Haft entließ, die sich an Aktionen gegen die Regierung beteiligten, mag eine Geste sein; sie macht jedoch deutlich, daß Widerspruch gegen ein herrschendes Regime auch in diesem Land im Gefängnis endet.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die westlichen Gliedkirchen auf der Konferenz in Nairobi auch mit solchen Fragen befassen und dazu ein offenes, unmißverständliches Wort sagen.

Schließlich und letztlich aber dürfte für den Erfolg der Vollversammlung entscheidend sein, ob die Vertreter der Entwicklungsländer das Empfinden haben, verstanden worden zu sein und in ihren Bestrebungen um die Beseitigung der Diskriminierung in ihren Ländern unterstützt zu werden. Daß dies insbesondere gegenüber noch bestehenden Kolonialzuständen und durch aktive Förderung von Freiheitsbewegungen geschehen sollte, muß nicht erst betont werden. Wichtig erscheint jedenfalls, daß sich die Qualität ökumenischer Diskussionen ändert und vom unverbindlich Abstrakten zum verbindlich Konkreten führt. Ob die Mehrheit der theologischen Delegierten dazu fähig ist, dürfte für die künftige Zusammensetzung solcher Konferenzen mitbestimmend sein.